

Sozialdemokratischer Pressedienst

Redakteur und Verleger:
Eric Nitzsche, Berlin.
Verleger: Kurt Schumacher 4282/4283



Redaktion für Zeitung und Geschäftsstelle:
Berlin O 20 01, Zehn-Sonnen-Platz 6
Telefon: Capoline

Die Zeitung erfolgt im Selbstverlag.
Der Inhalt ist nur auf Grund eigener Recherchen und auf Grundlage von Meldungen
von den Kampfgenossen, wenn nicht anders vermerkt, in Zusammenarbeit mit Kurt Schumacher.

Berlin, den 11. Febr. 1933.

Inhalt
88c. Geschlossen
Amsterdam

"Die Novemberverbrecher"

Was Hitler seinen Hörern nicht erzählt.

SPD. Der Inhalt der Reden, die Herr Hitler seit dem 1. Februar dem deutschen Volke zum besten gegeben hat, bewegt sich auf dem Niveau der Ausführungen, die er und seine Freunde jahraus jahrein ihren Zuhörern versetzt haben: Die "Novemberparteien" sind an allem Schuld; die "Marxisten übernahmen 1918 einen wohlgeordneten Staat"; an der Not des Bauernstandes sind die Novemberparteien ebenso schuldig, wie an der Arbeitslosigkeit; in 14 Jahren haben sie uns ruiniert. Nun aber kommen wir, die Nazi! Gebt uns ein Ermächtigungsgesetz, dann schicken wir den neugewählten Reichstag heim, um in den nächsten - vier bzw. zehn Jahren alles Elend zu überwinden und Deutschland wieder gross und glücklich zu machen.

Die "Marxisten" haben Deutschland im Jahre 1918 vor der Anarchie und dem Zerfall gerettet. Nachdem Generalfeldmarschall von Hindenburg den erschütternden Notschrei ausgestossen hatte: "macht sofort Waffenstillstand und Frieden!" musste schliesslich der Reichskanzler Prinz Max von Baden den amerikanischen Präsidenten Wilson um Vermittlung bitten. Wilson liess mit jeder neuen Note deutlicher erkennen, dass auf Waffenstillstand und Frieden nicht gerechnet werden könne, solange der Kaiser seinen Rücktritt nicht erklärt hätte. Ausserdem wurden Sicherheiten verlangt, dass in Deutschland niemals wieder ein einzelner Mensch über Krieg und Frieden entscheiden könne. Das hiess, dass Deutschland sich nach jeder Richtung hin demokratisieren müsse!

Die beiden ersten deutschen Patrioten, die zu dem Prinzen Max von Baden liefen, um ihn zu fragen, ob sie dem Kaiser den Rücktritt nahelegen sollten, waren die Kaisersöhne und späteren Nazi-Prinzen August Wilhelm und Adalbert. Höchste Staatsmänner und höchste Offiziere forderten ebenfalls den Rücktritt des Kaisers, weil Waffenstillstand und Frieden unter allen Umständen herbeigeführt werden mussten. Als das Kabinett, das eine solche überstürzte Aktion, ein solches Ende des Krieges Hals über Kopf für einen Fehler und ein unabsehbares Unglück hielt, mit der Bitte an Wilson zögerte, sagte der Vertreter der obersten Heeresleitung Oberst v.d. Bussche zu seinem Berliner Kameraden von Heften:

Wenn die Zivilisten noch länger zögern, dann muss man ihnen die eiserne Faust in's Genick setzen!

Das Friedensdiktat wurde nach wechselvollen Entscheidungen von der Nationalversammlung schliesslich geschluckt, weil die ungeheuere Mehrheit des hungernden Volkes das Ende des Krieges verlangte, ausserdem aber auch alle militärischen Sachverständigen erklärt hatten, dass eine Fortsetzung des Krieges vollkommen unmöglich sei. Als der Vorgänger des Prinzen Max auf dem Stuhle des Reichskanzlers, Freiherr v. Hertling, dem Obersten von Heften gegenüber von der Möglichkeit sprach vielleicht - wenn die Forderung des Rücktritts des

Kaisers offiziell gestellt werden sollte - weiterkämpfen zu müssen, da antwortete der Vertreter des Hauptquartiers Oberst von Heften:

Ob der Reichskanzler glaube, dass dann noch ein Soldat den Finger krumm machen würde!

In dem "wohlgeordneten Staat" hatte 1918 ausser den "feinen Leuten", deren Vertreter jetzt mit Hitler an der Regierung sitzen, niemand ein ganzes Hemd am Leibe, niemand ein Paar ganze Schuhe an den Füssen. Die Zahl der wehklagenden Witwen und Waisen war Legion; die Zahl der in den Krankenhäusern und Lazaretten liegenden Soldaten mit zerschossenen Armen und Beinen, erloschenen Augen und vergifteten Lungen war noch grösser. Die Frauen, die als Briefträger oder Strassenbahner tätig waren, fielen zu hunderten vor Hunger um. Verzweifelte Millionen Männer und Frauen schriehen nach Frieden und Brot. Statt Frieden hatte es bis dahin immer wieder Versprechungen auf den baldigen Sieg gegeben; statt Brot gab es Papiermarken, für die es nichts mehr gab. Die Unzufriedenheit der Truppen wuchs von Tag zu Tag, bis zur Verzweiflung - - -

So sah Ende Oktober 1918 der "wohlgeordnete Staat" aus: Not und Elend, Hunger, Blut und Tod - schliesslich ein geflohener Feldherr und ein geflüchteter Kaiser, für den - nebenbei sei es gesagt - kaum ein Mann, weder Soldat noch Offizier, den Degen gezogen hat. 50 Frontgenerale waren kurz vor der Flucht des Kaisers nach dem grossen Hauptquartier befohlen worden, um einige Gewissensfragen zu beantworten. 39 kamen nur an, 11 blieben unterwegs liegen, weil ihre Automobile in einem gar zu kläglichen Zustande sich befanden. Die Automobile der Frontgenerale in einem wohlgeordneten Staat! Die 39 Frontgenerale wurden gefragt: "wird das Heer dem Kaiser im Kampfe gegen die Heimat folgen?" Einer (!), ein Frontgeneral sagte ja, 15 zweifelten, 23 Generale sagten glatt nein! So war der wohlgeordnete Staat, den der letzte Kanzler des letzten Kaisers den Sozialdemokraten am 9. November 1918 mit der Bitte übergab, zu retten, was zu retten sei.

Es gelang den Marxisten unter hervorragender Mitwirkung besonders des Generalfeldmarschalls von Hindenburg, das Herr in geordnetem Zustand in die Heimat zurückzuführen. Die Generale von Hindenburg und Gröner arbeiteten ausgezeichnet mit den marxistischen Novemberebrechern. Dem Generalfeldmarschall von Hindenburg gefiel die Zusammenarbeit mit den Männern, deren Selbstlosigkeit er zur Genüge kennen gelernt hatte, die aber jetzt von Hitler als "Novemberebrecher" beschimpft werden, sehr gut; es machte schliesslich sogar Schwierigkeiten ihn zu überzeugen, dass die Aufgaben der Obersten Heeresleitung - diese hatte sich inzwischen in Kolberg niedergelassen - eigentlich erledigt seien.

Zusammengefasst: Die Volksbeauftragten brachten es fertig, das Reich zusammenzuhalten, obwohl dessen Zerfall infolge der separatistischen Treibereien wiederholt in bedenkliche Nähe gerückt war; sie bewahrten weiterhin Deutschland vor dem Schicksal Russlands; dann beriefen sie die Nationalversammlung ein, um das ganze deutsche Volk am Wiederaufbau des Vaterlandes zu beteiligen. Zu diesem Zwecke gaben sie allen Männern und Frauen vom vollendeten 20. Lebensjahre an gleiche politische Rechte. Der Wiederaufbau Deutschlands wurde wiederholt empfindlich gestört durch die Putsche gegen die Republik, die von den Kapp, Ludendorff und Hitler unternommen wurden. Trotz alledem war Deutschland endlich so weit, dass sich wieder vertrauensvolle Verhältnisse zur gesamten Kulturwelt anbahnten. Der Höhepunkt der Not, von der die gesamte Welt heimgesucht wird, nicht etwa nur Deutschland, ist offenbar überschritten, der Aufstieg bahnt sich an - - nun kommt die neue Regierung der "feinen Leute", die unter Führung des Herrn Hitler uns nach Ablauf von vier Jahren herrlichen Zeiten entgegen führen will.

Das deutsche Volk verdiente das ihm drohende Schicksal wenn es am 5. März die Regierung Hitler-Papen-Hugenberg nicht zum Teufel jagen würde.

Ph. Scheidemann.

SPD. Das Haupt der Reichskommissare in Preussen, Herr von Papen, hat an die Frau des verstorbenen früheren Kultusministers Dr. Becker folgendes Beileidstelegramm gerichtet :

"Ihnen, gnädige Frau, und Ihren Kindern spreche ich meine aufrichtige Teilnahme aus an dem Heimgange Ihres hochverehrten Gatten. Seine in langen Dienstjahren erworbenen grossen Verdienste um Reich und Staat werden unvergessen bleiben."

Becker gehörte als Mitglied der Staatspartei einer der "Novemberparteien" an, die nach den Propagandareden der Hitler und Papen die Schuld an dem Niedergang Deutschlands tragen. Jetzt erfährt man aus dem Munde des gleichen Propagandisten von den "grossen Verdiensten um Reich und Staat", die Becker sich als Mitglied einer "Novemberpartei" in der Nachkriegszeit an verantwortlicher Stelle erworben hat. Das zeigt, dass die Herrschaften an die Redensarten von den Novemberverbrechern und den "Novemberparteien" selbst nicht glauben. Sie kolportieren sie nur aus Dummenfang.

SPD. Dresden, 11. Februar (Eig. Drahtb.)

In verschiedenen Städten Ostsachsens gab es in den letzten Tagen gemeinsame Demonstrationen der Kommunisten mit der Eisernen Front. Zahlreiche Arbeiter aller Richtungen schöpften daraus die Hoffnung, dass sich im kommunistischen Lager endlich die notwendige Umstellung vollzieht und die Einsicht reift, dass die beiden Arbeiterparteien eine gemeinsame Abwehrfront gegen die faschistische Gefahr bilden müssen. Zu rasch sind diese Hoffnungen wieder vernichtet worden.

In Freital schloss sich die "Antifa" einer Demonstration des Reichsbanners an. Tags darauf wurde in einer Sitzung kommunistischer Funktionäre über den "Erfolg" dieser gemeinsamen Aktion gesprochen, wobei offen zum Ausdruck kam, dass es sich hier nicht um die ehrliche Absicht gehandelt hat, mit den Sozialdemokraten gemeinsam zu marschieren, sondern um den planmässigen Versuch, Verwirrung und Spaltung in die Reihen der SPD und des Reichsbanners zu tragen. Kommunistische Funktionäre gaben ihrer Empörung über das verräterische Spiel der KPD offenen Ausdruck. Ein Versuch, SPD-Mitglieder und Reichsbannerkameraden durch Flugblätter und einen "Einheitsfrontversuch" gegen die Führer ihrer Organisationen aufzuputschen, misslang.

In Brand-Erbisdorf demonstrierten die Kommunisten ebenfalls mit der Eisernen Front. Zwei Tage später brachten sie es in der Stadtverordnetensitzung durch ihre Stimmenthaltung dahin, dass anstelle des bisherigen sozialdemokratischen Bürgermeisters ein von den Nazis und den Bürgerlichen vorgeschlagener Kandidat zum Bürgermeister gewählt werden konnte. Die Empörung über das Verhalten der Kommunisten hat in der roten Bergarbeiterstadt, die eine überwiegende proletarische Mehrheit besitzt, eine ungeheure Empörung ausgelöst.

Auch in Freiberg gab es eine gemeinsame Demonstration der Kommunisten und der Eisernen Front, die einige Tage später in einer gemeinsamen Versammlung fortgesetzt wurde. Aber auch hier enthüllten die Kommunisten nur allzu rasch das wahre Gesicht ihrer "Einheitsfrontaktion". Nach dem kommunistischen Landtagsabgeordneten Renner sprach der sozialdemokratische Parteisekretär Pittig, der zum Schluss eine Entschliessung vorlegte, in der die Versammlung ihren Willen zur Einheitsfront erklärte und beide Parteien geloben sollten, die gegenseitigen Angriffe in Wort und Schrift und die Beschimpfung der Führer einzustellen. Daraufhin lehnte der Kommunist Renner in seinem Schlusswort eine Einheitsfront mit der SPD grundsätzlich ab. Er gab zu, dass die Kommunisten in ihren Handlungen gebunden seien und sich ihre Haltung von niemandem vorschreiben lassen. Da Renner über die Entschliessung nicht abstimmen liess, flog die Versammlung vorzeitig auf.

Diese Fälle beweisen aufs Neue, dass die Führer der KPD und ein grosser Teil ihrer Funktionäre die "Einheitsfront" im ernst garnicht wollen. Sie propagieren sie zwar aus taktischen Erwägungen, aber in der Praxis tun sie alles um den glühenden Willen der Arbeiterschaft zur gemeinsamen Abwehr des Faschismus zu sabotieren.

SPD. Auf die Wahl- und Rundfunkrede Hitlers im Berliner Sportpalast antwortet der nationalistische Jungdeutsche Orden mit einem Aufruf, dem wir folgendes entnehmen :

"Mit Spannung haben Millionen der Rundfunkübertragung der Rede des Reichskanzlers Hitler gelauscht. Millionen von Anhängern des Reichskanzlers mögen dabei nur von den Gefühlen geleitet gewesen sein, den Siegesrausch der letzten Tage fortzusetzen. Aber unzählige Menschen haben danach gestrebt, ihr Urteil noch einmal zu überprüfen. Sie waren bereit, den Parteimann von gestern zu vergessen und in Adolf Hitler den Reichskanzler von heute zu sehen. Das Urteil, welches wir nun aber fällen müssen, ist vernichtend. Wir urteilen nach dem gewaltig tönenden Nichts, das vor uns aufgestanden ist...

Die Stimme, die wir hörten, ist nicht die eines Kanzlers, der unserm unglücklichen deutschen Volke den Frieden bringen kann... Wir wollen nichts mehr hören von Vergangenheit, Vergeltung und Marxisten, die längst nicht mehr am Ruder sind. Uns ergreift innere Empörung, wenn heute, 14 Jahre nach dem Zusammenbruch von 1918, die Schuldfrage immer wieder in den Vordergrund gestellt werden soll. Wir wollen einer späteren Geschichte, die nüchterner urteilen kann, die Klärung dieser Frage überlassen. Auf das allerschärfste aber protestieren wir gegen die Worte des Reichskanzlers, welche er gegen die achtjährige Regierungszeit des Reichspräsidenten von Hindenburg geprägt hat. Wir wollen wissen, was geschehen soll. Darüber aber haben wir nicht ein Wort gehört.

Wo bleibt der öffentliche Widerruf der Kriegsschuldflüge? Wo bleibt die Einstellung der Reparationszahlungen? Wo bleiben alle uns verheissenen Massnahmen gegen das Finanzkapital, das nicht mehr in der Lage ist, die deutsche Arbeit zu finanzieren? Wo bleibt der Marsch zur Scholle? Wo bleiben die Versprechungen, die man uns gemacht hat?

Waren die Versprechungen, die man uns gegeben hat, alle nur dazu da, um Stimmen zu sammeln? Glaubt man wirklich, dass der ganze deutsche Nationalismus durch den Fluch der Parteipropaganda schon so verdummt und entgeistigt ist, dass man ihm nicht zu sagen braucht, wo man ihn hinführen will? Der Reichskanzler fordert alle Nationalisten auf, ihm zu folgen. Wir Jungdeutschen werden nicht ablassen, die Reichsregierung unaufhörlich zu fragen: Wohin soll der Weg gehen? Wir sind von tiefstem Misstrauen erfüllt. Was soll aus Deutschland werden, wenn dieser Wahn zerreisst? Wir, die wir unsern kühlen Verstand in dem sinnlosen Taumel einer fanatischen Parteipropaganda erhalten haben, erkennen unsere grosse Aufgabe darin, alles vorzubereiten, um den Nationalismus vor einer furchtbaren Niederlage zu bewahren. Nicht Phrasen, Wahlen und Hasspropaganda, sondern einzig und allein restlose Klarheit ist das Gebot der Stunde!"

Das "grosse Erwachen" hat begonnen...

SPD. Warschau, 11. Februar (Eig. Dr.)

Im Brest-Litowsker Berufungsprozess wurde am Sonnabend-Nachmittag der Spruch der ersten Instanz, der für die Angeklagten auf Gefängnisstrafen von 1½ - 3 Jahren lautete, nicht nur in vollem Umfange bestätigt, sondern durch den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für alle Angeklagten noch

verschärft. Den Sozialisten Dr. Pragier, Dubois, Mastek und dem Bauernführer Putek wurden die Ehrenrechte für die Dauer von fünf Jahren, allen anderen Angeklagten, darunter die Sozialisten Dr. Liebermann, Professor Barlitzki und Ciolkosz, für die Dauer von drei Jahren abgesprochen.

Der Prozess wickelte sich in Abwesenheit der Verteidiger und der Angeklagten ab. Die Justizkomödie dürfte nunmehr noch ein Nachspiel vor dem höchsten polnischen Gericht finden.

SPD. Die jüngste Statistik über die sozialdemokratische Parteipresse ergibt nicht nur ein Bild von der unerschütterlichen Stärke der sozialdemokratischen Organisation. Sie bestätigt zugleich, dass die sozialdemokratische Presse dem Krisensturm im Zeitungsgewerbe glänzend widersteht. Das ist ein neuer Beweis für den ungebrochenen Opfermut und Kampfeswillen der Arbeiterschaft.

Trotz der Arbeitslosigkeit und den erbärmlichen Unterstützungssätzen hat sich auch im letzten Quartal des Jahres 1932 die Gesamtauflage der sozialdemokratischen Tageszeitungen um 12 883 neue Leser erhöht. Das Mehr an Abonnenten und Einzelkäufern setzte sich auch im Januar 1933 fort, während die bürgerliche Presse fast durchweg Abonnenten verloren hat. Dieser Erfolg der sozialdemokratischen Presse ist umso höher zu veranschlagen, als in den letzten Monaten die Kollektivleserschaft immer mehr in Erscheinung getreten ist und sich 2, 3, 4 oder gar noch mehr Familien zusammenschliessen, um ein Exemplar ihres sozialdemokratischen Blattes am Ort abonnieren und lesen zu können. Trotzdem kein Rückgang, sondern eine Zunahme der Abonnentenziffern.

SPD. Genf, 11. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Redaktionsausschuss des 19. Komitees der Völkerbundsvollversammlung hat am Sonnabend den Text der Lösungsvorschläge für den Mandschureikonflikt fertiggestellt. Die Bilanz seiner Entscheidung ist die Durchführung des Lytton-Berichts auf der Basis der Nichtanerkennung des Mandschukuo-Staates. Der Text des Redaktionsausschusses wird am Montag dem 19. Komitee und Ende der Woche der Völkerbundsvollversammlung unterbreitet werden. An seiner Annahme durch beide Körperschaften ist nicht zu zweifeln.

Die Kommission schlägt folgende Lösung des Konflikts vor: Schaffung eines neuen verwaltungstechnischen Status der Mandschurei unter Mithilfe von Beratern aus den interessierten Mächten und chinesischer Oberhoheit; Räumung der Mandschurei bis auf die Zone der südmandschurischen Eisenbahn durch die japanischen Truppen in fortschreitenden Etappen, die der Organisation der neuen Verwaltung entsprechen; Bildung einer Verhandlungskommission zur Ausführung der Gesamtlösung, die nicht durch die beiden Parteien allein erfolgen dürfe. Die Zusammensetzung dieser Verhandlungskommission soll durch den 19. Ausschuss entschieden werden. Amerika und Sowjetrußland sollen eingeladen werden.

SPD. Aus dem Büro des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei wird uns anlässlich der bevorstehenden Wahlen zur Frage der Listenverbindung geschrieben:

Wie vor den letzten Wahlen wird auch jetzt wieder viel über Listenverbindung geredet. Für grosse Parteien, die ihre Stimmen voll auswerten können, kommt sie nicht in Frage. Sie hat nur Sinn für kleine Parteien. Auf der Reichsliste können nämlich nur so viel Mandate ausgeteilt werden, als die

betreffende Partei Mandate in den Bezirken bekommen hat. Die Staatspartei brachte am 6. November nur 1 Mandat in einem Bezirk (Baden-Württemberg) auf und erhielt daher auch nur 1 Mandat auf der Reichsliste, trotzdem sie noch Stimmen für weitere 4 Mandate auf der Reichsliste besass. Wäre damals ihre Liste an die der Sozialdemokratie angeschlossen gewesen, so hätte die Staatspartei nicht 2, sondern 6 Mandate erhalten. Die sozialdemokratische Partei hatte am 6. November in den Bezirken 113 Mandate und erhielt auf der Reichsliste noch 8 zu, die kommunistische Partei bekam in den Bezirken 91 Mandate und 9 auf der Reichsliste. Bei einer Listenverbindung hätten beide Parteien zusammen kein einziges Mandat mehr erhalten. Für sie hätte also eine Listenverbindung keinen Sinn gehabt. Da für einen Stimmenrest von mehr als 30 000 Stimmen auf der Reichsliste noch ein Mandat ausgeteilt wird, und 1930 sowohl die sozialdemokratische als auch die kommunistische Partei je einen solchen Stimmenrest aufwies, bekamen sie beide ein Restmandat. Hätten sie damals ihre Listen verbunden gehabt, so wären die beiden Reste zusammengezählt worden, hätten noch ein Vollmandat von 60 000 Stimmen ergeben und der dann noch verbliebene Rest wäre leer ausgegangen. Sie hätten bei Listenverbindung also zusammen noch ein Mandat weniger gehabt als bei getrennten Listen, nämlich nur 219 statt 220 Mandaten. Listenverbindung zwischen SPD und KPD kann also unter Umständen noch schaden. Mit der Frage der Einheitsfront hat diese Frage, die eine rein wahltechnische ist, nichts zu tun.

SPD. Saarbrücken, 11. Febr. (Eig. Dr.)

In Neunkirchen wurden bis Sonnabend-Abend unter den Trümmern in der Saarbrückerstrasse 72 Todesopfer geborgen. Die Zahl der Schwerverletzten bezifferte sich bis zu der gleichen Zeit auf 180. Die Ärzte hoffen, alle am Leben erhalten zu können.

Der Generaldirektor der Neunkircher Eisenwerke erklärte, dass die Ursache des Unglücks noch nicht feststehe. Es sei nur erwiesen, dass eine Stichflamme den Gasometer, der mit allen modernen Sicherheitsmassnahmen versehen und erst vor drei Monaten revidiert worden sei, von aussen erfasst habe. Der Betrieb des Werkes, das bis in die letzten Tage $4\frac{1}{2}$ Tausend Arbeiter beschäftigt habe, werde aufrecht erhalten werden; Arbeiterentlassungen werde man vermeiden

SPD. Köln, 11. Februar (Eig. Drahtb.)

In Köln wurden am Freitag-Abend, als die Uebertragung der Hitler-Märchen aus dem Berliner Sportpalast begann, 8 Fensterscheiben des Senderraums des Westdeutschen Rundfunks eingeworfen. Das Mobiliar des Raumes wurde teilweise ebenfalls beschädigt.

SPD. Entsetzliches Weh und Unglück ist über die Bevölkerung von Neunkirchen und das Saargebiet hereingebrochen.

In dieser Stunde liegen bereits 72 Tote stumm auf der Bahre und stündlich vermehrt und verlängert sich diese stumme Reihe. 72 tote Arbeiter und Angestellte, Väter, Mütter, Söhne und Töchter. Ganze Familien sind erschlagen, zerfetzt und verkohlt. Kinder irren zwischen Trümmern und suchen die Eltern; Eltern graben nach den Kindern; eine Frau jagt irrsinnig auf der Strasse nach ihrem Mann und trägt in den Armen einen toten Säugling.

In den Häusern und Hospitälern wimmern die Schwerverletzten. Unter den Trümmern erstickt langsam das Röcheln der Sterbenden. Wieviel Tote, wieviel

Verstümmelte, wieviel Leid und Weh? Niemand hat sie bis jetzt gezählt, niemand vermag das Mass des Unglücks zu erfassen und zu erschöpfen. Es ist über das Saargebiet hereingebrochen, über die Stadt Neunkirchen und ihre Bewohner; es ist vor allem über die Armen und Beladenen, über die Arbeiterschaft gekommen.

Im Arbeiterviertel sind die Häuser und Wohnungen zerstört, Arbeiter sind es in der übergrossen Mehrzahl, die am Arbeitsplatz und während des Schichtwechsels einen jähen, frühen und entsetzlichen Tod erlitten haben. Es war um die Zeit, da der Reichskanzler Adolf Hitler im Berliner Sportpalast seine Wahlrede hielt, und neben so vielem anderen den Satz gelassen aussprach: Die Marxisten mögen es mir glauben, solange der Allmächtige mich am Leben lässt, wird mein Entschluss und mein Wille, sie zu vernichten, ein unbändiger sein!

Die in der Arbeiterstadt Neunkirchen auf der Bahre liegen, oder unter den Trümmern, die Hunderte von Verletzten und Verstümmelten: sie sind zum grossen Teil organisierte "Marxisten", sie haben in der übergrossen Mehrheit eine jener "Novemberparteien" gewählt, von denen Hitler sagte, sie hätten Deutschland zugrunde gerichtet, sie wären schuld an der Niederlage von 1918, an der Inflation, an der Arbeitslosigkeit und allem wirtschaftlichen, politischen und sozialen Elend unsrer Tage. Und diese "Marxisten" zu vernichten, dazu flehte der neue Reichskanzler den Segen des Himmels herbei.

Diese Zeilen sind den Toten und dem Unglück der Proletarierstadt des Saargebietes gewidmet. Sie dienen nicht der Polemik. Das physische und materielle Leid, das sie getroffen hat und das die Arbeiterschaft und Marxisten ganz Deutschlands trauernd mitfühlen, veranlasst uns zu der Feststellung, dass keine moralische Diffamierung weder die Toten noch die Lebenden treffen kann, noch ihre Arbeit und ihr Ziel!

Die Arbeit und das Mühen der Opfer von Neunkirchen: das war das Ringen und Mühen und Kämpfen bei kärglichstem Brot um eine bessere und hellere Zukunft für sich, ihre Familie und ihre Klassengefährten. Ein Ringen um eine bessere Wirtschaftsordnung, in Frieden, Freiheit und sozialer Gleichberechtigung. Das war und ist der Kampf und das Ziel der in diesen Tagen mit und ohne amtliche Mittel so viel geschmähten "Marxisten". Als einen Teil dieses Kampfes haben die Neunkircher Opfer die Freiheit, die Gleichberechtigung der Nation und des gesamten deutschen Volkes erkannt, für sie gestritten und gelitten. Im Kampf des Saargebietes waren es diese "Marxisten" jeder Schattierung, denen es Deutschland verdankt, im Gegensatz zu so vielen Kapitalisten, dass die Saar deutsch geblieben ist und bleiben wird. Und im gleichen Sinn werden wir "Marxisten" ganz Deutschlands das Lebenswerk der Toten von Neunkirchen fortsetzen und geloben: so wenig ein fremder Kapitalismus und Imperialismus die Freiheit jener Erde in Fesseln schlagen wird, in die wir unsre Brüder, Mütter und Söhne bestatten, so wenig wird die deutsche Arbeiterklasse gestatten, dass ein Faschismus die "Marxisten" ausrottet, dass er den leidenden und darbenenden Massen des Volkes die politische Freiheit raubt und die wirtschaftliche Gleichberechtigung vorenthält.

Wir geloben es zu Ehren der "schwarzen und roten" Marxisten von Neunkirchen!

SPD. Im Ueberwachungsausschuss des Reichstags haben dessen sozialdemokratische Mitglieder anlässlich der Neunkircher Katastrophe folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht:

"Der Ausschuss wolle beschliessen, die Reichsregierung aufzufordern, für die Hinterbliebenen der furchtbaren Explosionskatastrophe im deutschen Saarlande den Betrag von 10 Millionen Reichsmark zur Verfügung zu stellen."

SPD. Bukarest, 11. Febr. (Eig. Drahtb.)

Der militärische Oberbefehlshaber von Bukarest hat am Sonnabend-Nachmittag aufgrund des Ermächtigungsgesetzes über den Belagerungszustand die Auflösung sämtlicher kommunistischer Organisationen angeordnet, die, wie es in dem Befehl heisst, zunehmende Agitation zur Untergrabung der öffentlichen Sicherheit betreiben. Von dem Auflösungsbefehl sind insgesamt 12 kommunistische Organisationen betroffen worden, darunter auch die Kommunistischen Gewerkschaften. Gleiche Befehle sind auch in den übrigen Landesteilen ergangen, über die der Belagerungszustand verhängt worden ist.

Am Sonnabend-Abend erklärte der rumänische Ministerpräsident vor Pressevertretern, dass zur Auflösung der kommunistischen Organisationen hätte geschritten werden müssen, da deren aufwieglerische Tätigkeit bis zur Sabotage und Beschädigung von Fabriken und Werkstätten geführt habe. Die überall aufflackernden wilden Streiks und die Unruhen seien das Werk landfremder Agitatoren, denen das Handwerk schnellstens gelegt werden müsse.

SPD. Paris, 11. Februar (Eig. Drahtb.)

Der französische Aussenminister Paul Boncour hat anlässlich der Explosionskatastrophe in Neunkirchen Beileidstelegramme an die Regierungskommission des Saargebiets und an den Bürgermeister von Neunkirchen gesandt. Der Minister für öffentliche Arbeiten, Paganon, hat dem Bürgermeister und der Direktion der Neunkirchner Stahlwerke telegraphisch sein Beileid ausgesprochen. Die französische Presse veröffentlicht spaltenlange Berichte ihrer Sonderkorrespondenten über die Katastrophe.

SPD. Köln, 11. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Ortsgruppe Köln des Verbandes preussischer Polizeibeamten (Schrader-Verband) wählte anstelle seines von der preussischen Kommissariatsregierung zwangweise nach Oberhausen versetzten ersten Vorsitzenden den zweiten Vorsitzenden Polizeiwachtmeister Haurandt. Der Nazi-Kandidat fiel mit Pauken und Trompeten durch. Als die Nazis, deren Kandidat sich in anmassenden und beleidigenden Worten vorstellte, einsahen, dass sie auch sonst in der Versammlung nichts zu erben vermochten, verliessen sie unter Protest den Saal.

SPD. Darmstadt, 11. Februar (Eig. Dr.)

Die Wahlen zur Studentenkammer der Technischen Hochschule brachten den Nazis einen Verlust von vier Mandaten. Sie sanken von 19 auf 18 Mandate, trotz erhöhter Wahlbeteiligung von 79,6 auf 86,6 %. Die übrigen Sitze verteilen sich: Deutsche Freistudenten 3 (5), Nationale Mainzer Liste 2 (0), Katholische Freistudenten und Unitasverband 2 (0), Freiheitliche Studenten 2 (2), Nationale Arbeitsgemeinschaft (mit Stahlhelm und Studentenring Langemarck) 12 (12), Arbeitsgemeinschaft Mainzer Korporationen und Freistudenten 4 (0).

SPD. Paris, 11. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Zentralbank der französischen Provinzbanken hat am Sonnabend ihre Zahlungen eingestellt. In der letzten Zeit waren bei der Bank so hohe Abhebungen vorgenommen worden, dass die Bank ihren Zahlungen nicht mehr nachkommen konnte. Die Aktiven sollen die Passiven aber bei weitem übersteigen.

Aus aller Welt

Drexler - nicht Hitler!

Vom Münchener Stammtisch zur deutschen Hass- und Hetzpartei - Aus den Anfängen der NSDAP.

SPD. "Als im Jahre 1918 der Krieg zu Ende ging, da war ich wie viele Millionen anderer Deutscher schuldlos an der Kriegsursache, schuldlos am Kriegsgeschehen... So ging ich damals mit sieben Mann einen Weg, der neu war." (Hitler am Freitag im Berliner Sportpalast.)

Eine ebenso geschickte wie skrupellose Agitation hat es fertiggebracht, dass der brave nationale Durchschnittsbürger sich die historische Stunde, in der die NSDAP einst das Licht der Welt erblickte, etwa so vorstellt: Mitten in den Wirren der Revolutionszeit sitzen, soeben von der vordersten Front heimgesetzt, in einem von spärlichem Kerzenschein erhellten unterirdischen Gewölbe sieben markige Freiheitskämpfer. Ringsum tobt "Rotmord" und "marxistisches Untermenschentum", diese sieben aber fürchten sich nicht vor den Schergen der vertierten moskowitzischen Machthaber, die jeden Augenblick ihre Brandbomben in diesen Ort der Freiheitsverschwörung hineinwerfen können. Feierlich heben sie die Hand zum Schwur, nie und nimmer zu rasten, bis Deutschland befreit sein würde von der Sklavenpeitsche der marxistischen Besten. Und sechs von ihnen rufen wie aus einem Munde: "Du sollst unser Führer sein, Adolf Hitler! Heil dir!"

Ach, wie anders sah die historische Wirklichkeit aus!

Ein kleiner politisierender Münchner Stammtisch, besetzt von missgelaunten Spissern und neunmalklugen Besserwissern. Einer führt das Wort, erklärt den anderen das Weltgeschehen auf seine spintisierende Weise, wirft Angelesenes und Erträumtes wirr durcheinander, bis aus dem Nebel seiner Anschauungen eine neue Art politischer Religion aufsteigt, von den Stammtischbrüdern nach Hause getragen und den Nachbarn weiterverkündet wird - also ein Vorgang, wie er sich in jener Zeit und in dieser Stadt hundertmal wiederholt hat.

Der Eine aber, aus dessen gläubiger Einfalt der verschwommene politische Pathos aufstieg - das war nicht Adolf Hitler, sondern ein heute vergessener Mann mit Namen Anton Drexler. Er ist der wirkliche Gründer der NSDAP, er ist Mitglied Nr. 1 seiner eigenen Partei.

Was war das für ein Mensch? Ein Werkzeugschlosser bei der Reichsbahn, eine Art Michael Kolhaas, ungebildet und unwissend, aber von unglücklicher Liebe zum Höheren, zu Scheinbildung und Halbwissen beseelt. Sein naives Selbstvertrauen mag ehrlich gewesen sein - diejenigen, die ihn für ihre Zwecke missbrauchten und den stillen, wider seinen Willen als Propheten benutzten Mann als Grundkapital einer "geistigen" Bewegung erkannten, handelten weder ehrlich noch kameradschaftlich.

Durch seine Unfähigkeit, sich in eine Gemeinschaft einzuordnen, war Drexler früh mit seiner Gewerkschaft in Konflikt gekommen, wurde aus seiner geregelten Bahn geworfen und verdiente sich als Zitherspieler in Nachtlokalen

sein Brot. Statt jedoch die Schuld bei sich selbst zu suchen, schiebt er alles auf den fluchwürdigen "Internationalismus" der Sozialdemokratie. Das hindert ihn nicht, Scheidemanns Wort anzuerkennen: der Krieg werde nicht nur für Kommerzienräte, Grossindustrielle und Grossagrarien geführt, sondern für das werktätige Volk. Er sucht die Synthese zwischen Sozialismus und Nationalismus, die ihm nebelhaft als rettende Idee vorschwebt, schon während des zuhaus verbrachten Kriegs in der "Vaterlandspartei". Aber er muss erkennen, dass bei diesen intellektuellen Spiessern, die verächtlich auf den Proletarier herabblicken, kein Sinn für das Volksempfinden daheim ist. 1918 tritt er dem in Bremen gegründeten "Freien Ausschuss für einen deutschen Arbeiterfrieden" bei, dessen Münchner Ortsgruppe ihm zur Leitung übertragen wird. Die 40 Münchner Mitglieder, die sich im März 1918 zusammenfanden, ist der eigentliche Beginn der NSDAP. Der Gedanke der kriegerischen Arbeiterpartei, die natürlich nicht gegen die Kriegsführung der Obersten Heeresleitung mit Kritik anzukämpfen wagte, scheint Drexler endlich das Richtige für seine Sonderwünsche zu sein. Aber sein Klassenbewusstsein ist bereits verkümmert. Er will die Bürger heranziehen und ruft in einer Versammlung zur Gründung eines "nationalen Bürgerbundes" auf. Man antwortet mit Hohn und Tumult. Drexlers unlogische Reaktion auf diese Niederlage ist sein Wiedereintritt in den freigewerkschaftlichen Eisenbahnverband. Auch hier vertritt er die seltsame Ideologie, die er sich zurechtgelegt hat: das Wunschbild vom Aufstieg des internationalisierten Arbeiters zum nationalen Kleinbürger, vom Kampf gegen die feindlichen Windmühlen Freimaurerei, Weltkapitalismus, Judentum. Mit diesen kurios zusammengestoppelten Gedanken, die 1919 noch einen gewissen Reiz der Neuheit hatten, wird nun auch sein Stammtisch bearbeitet. Und Drexler entwirft den Plan, eine Partei zu gründen, Sie heisst "Deutsche Arbeiterpartei". Ihr siebentes Mitglied ist Drexlers Stammtischbruder Adolf Hitler. Hitler suchte an diesem Stammtisch eine Ideologie, an der seine widersprechenden politisch-sozial-kulturellen Gefühle und Gefühlschen Halt finden konnten. Der Drexlersche Stammtisch machte Eindruck auf ihn, Drexlers "Lehren" leuchteten ihm, der ebenfalls nicht mit logischem Genie begabt ist, durchaus ein. Drexler forderte ihn auf, der neugegründeten Partei beizutreten. Hitler war einverstanden.

Man wird auf diesen Tatsachenbericht entgegen: wenn dies alles wahr ist, wenn wirklich Anton Drexler und nicht Adolf Hitler der Gründer der NSDAP und Autor ihrer Ideologien ist - dann müsste dieser Name doch bekannter sein als der Hitlers, Drexler müsste in der Welt der Nazis verehrt werden wie Kolumbus in Amerika. Wer so folgert, kennt nicht den Grad von Anhänglichkeit, Treue und Aufrichtigkeit - und andererseits nicht den Grad von Skrupellosigkeit, mit dem die berufsmässigen Wahrer treudeutschen Wesens begabt sind. Drexler ist von Hitler beiseitegeschoben worden wie eine ausgequetschte Zitrone. Er hatte seine Pflicht getan, er hatte den "Führer" inspiriert - er konnte in der Versenkung verschwinden. In den Anfängen der Partei war er noch Ehrenvorsitzender und - wenn wir recht unterrichtet sind - Vorstand des "Nationalsozialistischen Vereins", dem zum Schutz gegen eine eventuelle Pleite das gesamte Vermögen der Partei überschrieben wurde. Aber schon 1923 wurde Drexler nicht der "Ehre" für wert befunden, am Hitlerputsch mitzuwirken. Drexler blieb nach wie vor Schlosser in den Münchner Eisenbahnwerkstätten, liess sich als völkischer Abgeordneter in den bayerischen Landtag wählen, dem er bis 1928 angehörte - und verschwand dann völlig von der politischen Bühne. Die sich heute hemmungslos in den Vordergrund schieben, hätten keine Veranlassung, zuzugeben, wieviel von ihren eigenen "Leistungen" in Wirklichkeit auf den Querkopf Anton Drexler zurückzuführen sind.

§ 218-Urteil. Das Schwurgericht des Landgerichts II-Berlin verurteilte nach viertägiger Verhandlung den praktischen Arzt Dr. Meyenberg wegen gewerbsmäßiger Abtreibung in sechs Fällen, wegen fahrlässiger Tötung in zwei Fällen und wegen Betrugs zu einer Gesamtstrafe von 5 Jahren sechs Monaten Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust. Das Gericht bezog sich in seiner Urteilsbegründung u. a. auf die Ausführungen des Sachverständigen Professor Meymann, der das Treiben Dr. Meyenbergs als aussergewöhnlich skrupellos bezeichnet hatte.

Der "Jude" Shaw. In Mannheim kam es bei einem Gastspiel des Schauspielers Alexander Moissi in Bernard Shaws "Zu wahr um schön zu sein" zu einem Theaterskandal. Nationalsozialisten störten die Aufführung durch Pfiffe und Rufe gegen den "Juden Moissi" und den "Juden Shaw". Bleibt hinzuzufügen, dass weder der Dalmatiner Moissi noch der Ire Shaw Jude ist....

80 Kälteopfer. Die Kältewelle, die in den letzten Tagen die verschiedensten Teile der Vereinigten Staaten von Nordamerika heimgesucht hat, forderte insgesamt 80 Todesopfer.

Boxerdrama. Der deutsch-amerikanische Schwergewichtsboxer Ernie Schaaf bekam bei einem im New Yorker Madison-Square-Garden veranstalteten Boxkampf von dem Italiener Primo Carnera einen derart schweren K.o.-Schlag in den Hals, dass er nach zwei Stunden im Krankenhaus - mit den Sterbesakramenten versehen wurde. Nach vier Stunden gewann Schaaf das Bewusstsein für einige Minuten wieder, sein Zustand ist jedoch noch kritisch.

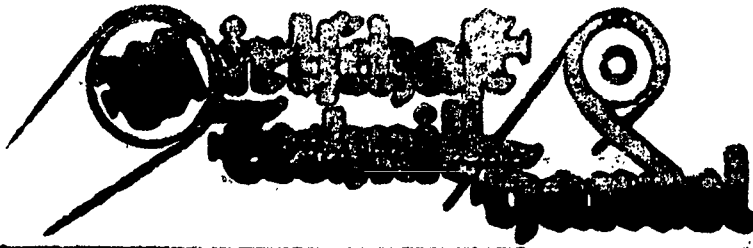
Vom unbekanntem Wagner. Der amerikanische Rundfunk bringt anlässlich des 50. Todestages von Richard Wagner ein unbekanntes Wagnermanuskript zur Aufführung. Walter Damrosch, der bedeutendste Wagnerdirigent Amerikas, wird das Konzert dirigieren. Dem Vater Damroschs wurde das bisher unbekannte Werk von Richard Wagner persönlich geschenkt, als er die erste amerikanische Parsifal-Aufführung musikalisch leitete.

Grippe in Rumänien. In Rumänien grassiert eine bösartige Grippeepidemie, die überall zahlreiche Todesopfer fordert. In Bukarest wurden sämtliche Schulen sowie die meisten öffentlichen Verwaltungen, darunter das Innen- und Landwirtschaftsministerium, geschlossen. In der siebenbürgischen Stadt Klausenburg sind über 50 Prozent der Bevölkerung erkrankt. Die Sterbeziffer beträgt in einigen Gegenden bis zu zehn Prozent.

Winzer als Mörder? In Gleiszellen (Pfalz) wurde ein Winzer namens Hoffmann und seine Tochter verhaftet, Sie stehen im Verdacht, Hoffmanns Schwester, eine 65jährige Witwe, ermordet zu haben.

Mord in Hamburg. In Hamburg hat ein 20jähriger Schiffskoch seine Mutter in einem Anfall von sinnloser Wut erschlagen. Die Mutter hatte dem Sohne Geld verweigert.

Grober Unfug? In Gross-Meseritsch (Mähren) wurde eine Strafanzeige wegen groben Unfugs gegen einen Meseritscher Einwohner erstattet: er hat plötzlich die Sterbeglocke der Kirche geläutet und allem Volke laut verkündigt, dass in der tschechoslowakischen Republik die Gerechtigkeit gestorben sei.



Ein zweites Oppau.

Probleme der Explosionssicherheit in der Gasversorgung.

SPD. Das Neunkirchener Explosionsunglück, das in seiner Grauenhaftigkeit an die Katastrophe auf dem Oppauer Werk der I.G. Farbenindustrie kurz nach dem Krieg erinnert, lässt sich in seinem Umfang noch nicht völlig übersehen. Auch die Ursachen liegen noch im Unklaren und müssen noch geklärt werden. Feststeht, dass das Unglück von dem Riesengasbehälter und der Benzolfabrik des Neunkirchener Eisenwerkes, von wo aus viele Industrieanlagen des Saargebiets, des früheren Königreichs Stumm (Stummkonzern), mit Gas versorgt werden, ausgegangen ist.

Der Gasbehälter, dem man wohl die Hauptschuld an dem Umfang der Katastrophe zumessen muss, ist die moderne, erst im Jahre 1931 gebaute Konstruktion eines sogenannten Scheibengasbehälters. Bei den Gasbehältern dieser Bauart wird das Gas nicht wie bei den älteren, den sogenannten nassen Gasbehältern in einer Glocke über Wasser, sondern "trocken" gespeichert. Der Speicherbehälter besteht im wesentlichen aus einem riesigen Stahlblechzylinder, in dem sich eine, den ganzen Querschnitt füllende Scheibe auf- und abbewegen kann. In dem Raum unterhalb dieser Scheibe wird das Gas gespeichert; bei Gaszufuhr hebt sich die Scheibe, bei Gasentnahme sinkt sie. Den technischen Kernpunkt dieser Gasbehälterkonstruktionen bildet die Führung der beweglichen Scheibe und ihre Abdichtung gegen die Innenwand des Behälters.

Bei der in Neunkirchen angewandten Konstruktion ist die Abdichtung rings um die ganze Scheibe herum durch einen, gegen die Wand gedrückten breiten Segeltuchstreifen gebildet, durch den ständig eine teerartige Flüssigkeit rieselt. Diese Abdichtungsart ist auf Grund langjähriger Erfahrungen - die ersten Gasbehälter dieser Art wurden vor etwa 18 Jahren erbaut - entwickelt worden und hat sich, abgesehen von anfänglichen Fehlschlägen, wie sie bei Erstlingskonstruktionen selten ausbleiben, bewährt; eine ganze Anzahl von modernen Gasbehältern, die in den letzten Jahren im Zusammenhang mit dem Ausbau der Grubengasversorgungssysteme entstanden sind, ist in dieser Weise ausgeführt.

Für die Explosionssicherheit der trockenen Gasbehälter ist die Führung und Abdichtung der Scheibe insofern von entscheidender Bedeutung, als die Gefahr des Zerknalls nur dann gegeben ist, wenn sich in dem Gasbehälter ein explosives Gas-Luft-Gemisch bildet. Ein normal gefüllter Gasbehälter kann nämlich überhaupt nicht explodieren; er kann allenfalls, wenn er aufreißt und das gespeicherte Gas ihm entströmt, ausbrennen, niemals jedoch, wie das in Neunkirchen geschah, in die Luft fliegen. Es hat also in Neunkirchen zweifellos eine Vermischung des gespeicherten Gases mit Luft stattgefunden. Wie sie zustandekam, kann vorläufig nur vermutet werden. Dabei ist eine gewisse Wahrscheinlichkeit vorhanden, dass an der Scheibe Undichtigkeiten aufgetreten sind die zu einem Ausströmen des Gases in den, über der Scheibe befindlichen mit Luft gefüllten Raum des Behälters führten. Dieser Raum ist normalerweise mit Entlüftungsvorrichtungen versehen, die ein durch solche Undichtigkeiten etwa entstehendes explosives Gemisch ins Freie überführen und damit unschädlich machen sollen.

Im allgemeinen erkennt man Unregelmässigkeiten in der Arbeitsweise eines

solchen Gasbehälters leicht und deutlich an gewissen Druckveränderungen des gespeicherten Gases, sodass man in der Lage ist, rechtzeitig Sicherungsmassnahmen zu ergreifen. Es versteht sich auch von selbst, dass die Scheibe eines solchen Gasmessers in regelmässigen Zeitabständen befahren und genau kontrolliert wird. Der eingehenden Untersuchung des Unglücksfalles durch die zuständigen Aufsichtsbehörden wird vorbehalten bleiben, festzustellen, ob und in welchem Ausmasse sich derartige Unregelmässigkeiten bei dem explodierten Behälter gezeigt haben, worüber die Registrierstreifen der Kontrollinstrumente eindeutig Auskunft geben dürften.

Aber selbst wenn die Ursache der Bildung eines explosiven Gasgemisches geklärt sein wird, bleibt immer noch die zweite nicht minder wichtige Frage zu klären, wodurch das explosive Gemisch zur Entzündung gelangte. Auch hierüber geben die bisher vorliegenden Meldungen, die von einem in der Nähe ausgebrochenen Benzolbrand sprechen, keine erschöpfende Auskunft.

Gegenwärtig hat es den Anschein, als ob die Katastrophe durch das ungewöhnliche und verhängnisvolle Zusammenwirken verschiedener unglücklicher Umstände veranlasst worden ist. Jedenfalls muss betont werden, dass Gasbehälter normalerweise keine Gefahrenquelle bilden und dass insbesondere der nasse Gasbehälter praktisch völlig ungefährlich ist.

Man wird jedoch angesichts des gewaltigen Umfangs der Katastrophe doppelt nachdrücklich eine eingehende, von Sonderinteressen unbeeinflusste Untersuchung der Ursache fordern müssen.

SPD. In einer Zeit, in der man dem deutschen Volk systematisch vorzutäuschen versucht, der Marxismus habe die Wirtschaft zerstört, ist es wertvoll, wenn die Wissenschaft Gelegenheit erhält, zu zeigen, wie sich die Zusammenbrüche in der deutschen Wirtschaft während der letzten Jahre entwickelt haben.

So hat der bekannte Professor Kalveram die Ursachen des Zusammenbruchs bei der Lahusenschen Nordwolle untersucht. Sein Urteil steht im direkten Gegensatz zu der Marxistenhetze. Kalveram deckt die Ursachen für den Nordwollenzusammenbruch wie folgt auf: Mitgespielt habe bei dem Zusammenbruch natürlich die katastrophale Senkung der Wollpreise. Den wesentlichen Grund habe man aber in Fehlern beim Aufbau des Konzerns zu sehen. Ohne Rücksicht auf die Absatzmöglichkeit sei die Produktion gesteigert worden. Bei den Konzentrationen und Fabrikaufkäufen müsse man kaufmännische Vorsicht vermissen. Dazu komme eine ungeheure Spekulation in eigenen Aktien. Die Leiter des Betriebes, also die Gebrüder Lahusen, hätten sich auch auf Kosten des Konzerns bereichert. Aus den Büchern gehe bis jetzt eine unberechtigte Einnahme von Geldern zu privaten Zwecken in Höhe von 17 Millionen Mark hervor. Die letzten Ursachen seien krankhafte Geschäftspolitik, eine ungeheure Konzernausweitung, irreguläre und verlustreiche Spekulationsengagements und dauernde Missbräuche der Amtsgewalt (Generaldiktatur der Generaldirektoren). Das klingt etwas anders als die Lügen der Hetze, der Marxismus habe in 14 Jahren die deutsche Wirtschaft ruiniert.

Aus den Kalveramschen Prüfungen geht hervor, dass die Gebrüder Lahusen seit 1926 die Bilanzen der Nordwolle gefälscht haben. 1926 wurde zum Beispiel noch ein Gewinn von 4,9 Millionen Mark ausgewiesen. In Wirklichkeit lag 1926 schon ein Verlust von 4,7 Millionen Mark vor. Erst im Jahre 1930 entschlossen sich die Lahusen dazu, einen Verlust von 24 Millionen Mark auszuweisen. Kalveram stellt aber fest, dass 1930 der Verlust der Nordwolle 134 Millionen Mark betragen hat.

SPD. Die Volksfürsorge, gewerkschaftlich-genossenschaftliche Aktiengesellschaft, gibt ihr Vermögen für Ende des Jahres 1932 mit 213 Millionen Mark an gegenüber 185 Millionen Ende 1931. Das Unternehmen hat Wert auf eine sichere Anlage gelegt. Es kommen dafür in der Hauptsache erststellige Hypotheken, Gemeindedarlehen und mündelsichere Wertpapiere in Frage. Die Summe der Hypotheken hat sich von 1931 bis Ende 1931 von 108,1 Millionen auf 131 Millionen Mark gesteigert. Das in Grundstücken angelegte Vermögen vermehrte sich von 4 auf 5 Millionen Mark. Die Bankeinlagen weisen eine Steigerung von 4,6 auf 6,3 Millionen Mark auf. Bei den Wertpapieren liegt ein Rückgang um 200 000 Mark auf 9,3 Millionen vor. Die Gemeindedarlehen sind mit 46 Millionen Mark unverändert geblieben. Die Gelder der Volksfürsorge sind durchaus nach dem Grundsatz angelegt, den Gesamtinteressen der Arbeiterschaft zu dienen und zwar durch Finanzierung genossenschaftlichen Eigentums, während die Volksfürsorge die Förderung privaten Besitzes ablehnt.

SPD. Hugenbergs Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Dr. Bang, der Finanzsachverständige der Deutschnationalen, hat vor deutschnationalen Industriellen eine Rede gehalten, die äusserst interessant ist und in Kreisen, die hinter der gegenwärtigen Regierung stehen, sehr aufklärend wirken kann.

Bang erklärte, dass "derjenige ein Demagoge oder Schwachkopf sei, der an der Heilung unserer Zustände durch offene oder versteckte Inflation glaubt". Ohne Zweifel meint Bang damit auch die Anhänger der Binnenmark, der nationalsozialistischen Arbeitswechsel usw., alles Projekte, die man zweifellos unter offener und versteckter Inflation zu registrieren hat. Weiter ist Dr. Bang der Meinung, "dass kein Staat von seinen Bürgern Moral verlangen kann, wenn er sie nicht selbst betätigt. Deshalb werden wir uns (die gegenwärtige Regierung) weder an Schuldern noch an Gläubigern vergreifen. Zwangsmässige Schuldensstreichung macht niemanden reicher und zwangsmässige Zinskonvertierung (Zinssenkung) vernichtet endgültig den Kredit." Nach Bang haben die Eingriffe der Regierung in die Kapitalmärkte (Zinssenkung auf Grund von Notverordnungen) die Wirtschaft endgültig erschlagen und den Kredit endgültig vernichtet.

Ei, ei, was muss man da hören. Schuldensstreichung und zwangsmässige Zinssenkung (Konvertierung) haben doch jene grossagraren Kreise erzwungen, auf die sich die gegenwärtige Regierung stützt. Diese Kreise verlangen auch heute noch derartige Experimente. Gegner solcher Experimente waren und sind die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, also jene Kreise, die die Hetze gegen die moderne Arbeiterbewegung als Marxismus bezeichnet und dem man andichtet, er habe die Wirtschaft erschlagen. Es hat den Anschein, dass das deutsche Volk in seiner Gesamtheit doch noch einmal die volle Wahrheit zu hören bekommt, wenn die gegenwärtige Regierung länger amtieren sollte und Vertreter dieser Regierung Gelegenheit nehmen, als verantwortungsbewusste Menschen einmal öffentlich ihr Herz auszuschütten.

SPD. Hitler, der am Sonnabend die Internationale Autoausstellung in Berlin im Auftrage des Reichspräsidenten eröffnete, kündigte einige Massnahmen für die deutsche Kraftfahrzeugwirtschaft an. Nach den Ausführungen Hitlers will man "die staatliche Interessenvertretung der Kraftfahrzeugwirtschaft aus dem Rahmen der gegenwärtigen Verkehrswirtschaft herausnehmen"; denn "das Auto gehöre zum Flugzeug". Man kann diese Äusserungen Hitlers so auffassen dass die Kraftfahrzeugabteilung aus dem Verkehrsministerium herausgelöst und mit dem Luftfahrtkommissariat vereinigt werden soll. Weiter sprach der Reichskanzler von einer allmählichen Steuersenkung, Inangriffnahme des Landstrassenbaus und Förderung der Kraftfahrzeugindustrie durch sportliche Ver-

anstaltungen.

Die Hitlerschen Ausführungen haben in Kreisen der Kraftfahrzeugindustrie enttäuscht. Man weist darauf hin, dass die ungeheure Belastung des Kraftfahrzeugs die Existenz dieser Industrie bedroht und dass radikale und vor allem baldige Hilfe notwendig ist. Demgegenüber habe Hitler nur von einem allmählichen Lastenabbau und zwar auch nur von einem Steuerabbau gesprochen. Dabei drücke die Belastung durch Subventionen an die inländischen Treibstoffkonzerne (Schwerindustrie und Grosschemie) und die Liebesgaben an die grossagrарische Landwirtschaft (Kartoffelspritbeimischungszwang) ebenso wehr wie die durch Zoll und Steuer. Das deutsche Volk werde auch kein Verständnis dafür aufbringen, wenn man in einer Zeit, in der sich die Finanzsorgen des Reiches häufen, auf wichtige Einnahmen des Staates verzichten will, während andererseits an die Gross- und Schwerindustrie und die Grossagrарier Subventionen und Liebesgaben weiter gezahlt werden sollen. Ein Hinweis des Reichskanzlers auf die Unmöglichkeit, die Kraftfahrzeugwirtschaft durch Sprit- und andere Beimischungszwänge weiter zu malträtieren, wäre besonders jetzt sehr notwendig gewesen, da in landwirtschaftlichen Kreisen eine Erhöhung des Spritbeimischungszwangs bis auf 20 % propagiert und die irrsinnige Forderung aufgestellt wird, die Zahl der grossagrарischen Kartoffelbrennereien, die vom Reich subventioniert werden, noch zu vermehren.

Die Eröffnung der Internationalen Autoausstellung am Sonnabend bot ein recht ungewöhnliches Bild. Vor dem Ausstellungsgebäude, das die Flagge der Republik trug und mit den Nationalflaggen der ausstellenden Ausländer geschmückt war, nahmen SA-Leute in militärischer Form Aufstellung. Polizei war so gut wie gar nicht zu sehen. In die Ausstellung fanden in der Zeit von 8 bis 12 Uhr nur geladene Personen Einlass, die einen besonderen Ausweis hatten. Unter dem Publikum, das der Eröffnung beiwohnte, sah man viel Hitleruniformen und, allerdings weit in der Minderheit, Leute in der Stahlhelmuniform. Als der Reichskanzler die Ausstellung besichtigte, bildeten ziemlich aufgeregte SA-Leute Spalier, bzw. formierten sie einen Kreis um den Reichskanzler.

Währenddessen konnten sich Hunderte von Einkäufern, die von weither nach Berlin zur Ausstellung gekommen waren, die Ausstellung von draussen ansehen. Eingang erhielten sie erst nach 12 Uhr. Die Empörung dieser Leute, die dadurch fast einen vollen Arbeitstag verloren haben, ist ebenso begreiflich, wie die ganze Absperrung unbegreiflich und unnötig erscheint.

Milchpreise.

SPD. Milchpreise für die Zeit vom 10. bis 16. Februar 1933. Die Preise verstehen sich in Reichspfennig je Liter: Trinkmilch 13,85, dazu treten folgende Zuschläge: a) für tiefgekühlte Milch 0,5, für molkereimässig bearbeitete Milch 1,75. 2 a) Werkmilch 7, b) tiefgekühlte Werkmilch 7,5. Diese Preise gelten bis auf weiteres für Vollmilch mit einem Fettgehalt von 3 Prozent und von handelsüblicher Sauberkeit frei Rampe Berlin. Für Milch unter 3 Prozent Fettgehalt werden für jedes fehlende ein Zehntel Fettprozent Abzüge in Höhe von zwei Zehntel Rpf vorgenommen. Bei Milch, die der handelsüblichen Sauberkeit nicht entspricht, wird ein Abzug von 0,5 Rpf je Liter gemacht. Die Wochenziffer ist gemäss der Kontingentierungsordnung für die Milchlieferung ab Freitag, den 10. Februar, auf 75 Prozent festgesetzt.

Fester bei geringem Geschäft.

(Berliner Getreidebörse vom 11. Februar.)

SPD. Am Promptmarkt konnten am Sonnabend Roggen und Weizen den Freiungsverlust in Höhe von 1 Mark wieder aufholen. Die Mehlpreise, die schon seit längerer Zeit von der Bewegung der Getreidepreise losgelöst sind, blieben dagegen unverändert. Auch am Lieferungsmarkt setzten sich höhere Preise durch, jedoch war das Geschäft auf beiden Märkten äusserst klein. Die Landwirtschaft hält es wieder einmal für angebracht, mit dem Angebot zurückzuhalten.

	10.2.	11.2.
	(ab märkische Station	in Mark)
Weizen	187 - 189	188 - 190
Roggen	153 - 155	154 - 156
Braugerste	165 - 175	165 - 175
Futter- und Industriergerste	158 - 164	158 - 164
Hafer	114 - 117	114 - 117
Weizenmehl	22,50 - 25,75	22,50 - 25,75
Roggenmehl	19,50 - 21,50	19,50 - 21,50
Weizenkleie	8,00 - 8,40	8,00 - 8,40
Roggenkleie	8,70 - 9,00	8,70 - 9,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März $204\frac{1}{2}$ - $204\frac{1}{2}$ Geld (Vortag $203\frac{3}{4}$), Mai $206\frac{1}{2}$ - $207\frac{1}{2}$ ($205\frac{3}{4}$), Roggen März $164\frac{1}{2}$ - 165 (164), Mai $166\frac{1}{2}$ - $167\frac{1}{2}$ ($165\frac{1}{2}$), Hafer März 123 - $123\frac{1}{2}$ (-), Mai $126\frac{1}{2}$ - $126\frac{1}{4}$ ($125\frac{1}{2}$).

SPD. Hugenbergs Staatssekretär im Reichslandwirtschaftsministerium, der Rittergutsbesitzer und Vorsitzende des Pommerschen Landbundes von Rohr-Demmin ist vor nicht gar zu langer Zeit von den Nazis stark bekämpft worden. Im Dezember 1931 verbreiteten die Nazis im Kreise Demmin gegen Herrn von Rohr ein Flugblatt, in dem folgendes zu lesen war:

"Uns ist der jüngste, ehrliche Pferdeknecht lieber als Herr von Rohr, der sogar im Winter polnische Schnitter beschäftigt und neue eingestellt haben soll. Dafür soll er drei deutsche Arbeiter wegen Arbeitsmangel entlassen haben."

Der Herr Staatssekretär im Reichslandwirtschaftsministerium wird der Öffentlichkeit sicherlich gern mitteilen, inwieweit die in dem Flugblatt erhobenen Vorwürfe zutreffen.

SPD. Der Grosshandelsindex ist der ersten Februarwoche um 0,2 % von 90,7 auf 90,5 gesunken.

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise. Die Berliner Notierungskommission bezeichnete die Tendenz wieder als flau und setzte die Preise - Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten - für den Zentner unverändert wie folgt fest: I. Qualität 85 RM, II. 78 RM, abfallende Ware 71 RM.